



Niederschrift

43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.01.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:55 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	bis 18:35 Uhr
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	bis 20:25 Uhr
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	bis 20:25 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 18:15 Uhr

Nicht anwesend sind:

Herr Schröder, Michael	CDU	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr Kruschat, Axel	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Herr Becker, Ortsbürgermeister Uetz-Paaren
Frau Scheuerer, Gleichstellungsbeauftragte
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Frau Hartmann, Beteiligungsverwaltung
Herr Schneider, Bereich Personal und Organisation
Frau Mattekath, Stadt- und Landesbibliothek
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14.12.2005
- 2 Pendlernetz als Bürgerservice
Vorlage: 05/SVV/0919
Fraktion CDU
- 3 Beschluss der Nachtragsvereinbarung zum Städtebaulichen Vertrag Potsdam-Center
Vorlage: 05/SVV/0941
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Liquidation der PTM Potsdam Touristik und Marketing GmbH
Vorlage: 05/SVV/0962
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 5 Änderung des Beschlusses der SVV vom 02.06.2004 (DS 04/SVV/0339) zur Wahrnehmung der Aufgaben der Agrarverwaltung auf dem Gebiet der Agrarförderung - Standort der Anlauf- und Beratungsstelle für die Potsdamer Landwirte
Vorlage: 05/SVV/0992
Oberbürgermeister, FB Umwelt und Gesundheit
- 6 Erste Straßenumbenennungen im Zuge der Gemeindegebietsreform
Vorlage: 05/SVV/1086
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0770
 - 7.2 Gleichstellungsplan 2005 - 2008
Vorlage: 05/SVV/0983
Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement
 - 7.3 Vorbereitung 'Kulturbüro'
Vorlage: 05/SVV/1011
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
 - 7.4 Richtlinie Städtepartnerschaften - Sachstandsbericht 2005
Vorlage: 05/SVV/1061
Oberbürgermeister, Bereich Marketing
 - 7.5 Medienforum Kirchsteigfeld
gemäß Vorlage: 05/SVV/0935
 - 7.5.1 Medienforum Kirchsteigfeld
Vorlage: 06/SVV/0029
Oberbürgermeister, Bibliothek

Protokoll:**Öffentlicher Teil****zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14.12.2005**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, die DS 06/SVV/0013 – Jahresabschlüsse Eigenbetrieb Potsdam-Information - in die Tagesordnung aufzunehmen und als TOP 6 zu behandeln. Unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ sollen die Informationen zum Uferweg Griebnitzsee gegeben werden sowie die von der Fraktion Grüne/ B 90 erbetenen Aussagen zum Straßenausbau in der Virchow- und der Florastraße. Darüber hinaus schlage er eine kurze Information zu den ausgelösten Verträgen zum Bau des Freizeitbades vor.

Gegen die Aufnahme der o.g. Tagesordnungspunkte erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung wird mit diesen Ergänzungen einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 42. Sitzung vom 14.12.2005 gibt es keine Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei vier Stimmenthaltungen, bestätigt.

**zu 2 Pendlernetz als Bürgerservice
Vorlage: 05/SVV/0919**

Herr Friederich bringt namens der Fraktion CDU die Vorlage ein und erläutert das Anliegen.

Frau Dr. Sommer verweist anschließend darauf, dass sich die Verwaltung mit dem Anliegen bereits intensiv beschäftigt und entsprechende Angebote eingeholt habe. Allerdings sei die Umsetzung mit Kosten verbunden, u.a. für die Nutzung und Pflege der Software und für eine notwendige Layout-Anpassung. Seitens der Verwaltung werde keine „Insellösung“ für Potsdam favorisiert, sondern ein über die Stadtgrenzen hinausgehendes Modell. Daran anschließend betont Herr Exner, dass diese weitergehende Lösung in den Verbundraum zu implantieren sei und man durch den VBB prüfen lassen solle, ob das möglich ist. In diesem Sinne sollte der Antragstext wie folgt geändert werden:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an den VBB heranzutreten, um nach Möglichkeit die Einrichtung eines Pendlernetzes in der Verbundregion zu realisieren.

Herr Schüler meint, dass eine Lösung allein für Potsdam zu kurz gegriffen sei und man dafür Sorge tragen solle, dass es ein einheitliches Angebot für die Region gebe. Herr Friederich übernimmt den von Herrn Exner vorgeschlagenen Beschlusstext und betont, dass es natürlich Sinn mache, Potsdam in die Region mit einzubinden. Herr Dr. Gunold gibt zu bedenken, keine Konkurrenz zum ÖPNV

aufzubauen; deshalb sei die Zusammenarbeit mit dem VVB sehr sinnvoll.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an den VBB heranzutreten, um nach Möglichkeit die Einrichtung eines Pendlernetzes in der Verbundregion zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 3 Beschluss der Nachtragsvereinbarung zum Städtebaulichen Vertrag Potsdam-Center
Vorlage: 05/SVV/0941

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Nachtragsvereinbarung zum städtebaulichen Vertrag Potsdam-Center wird gebilligt (s. Anlage 1)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	8

zu 4 Liquidation der PTM Potsdam Touristik und Marketing GmbH
Vorlage: 05/SVV/0962

Herr Exner bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Liquidation der PTM Potsdam Touristik und Marketing GmbH

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 5 Änderung des Beschlusses der SVV vom 02.06.2004 (DS 04/SVV/0339) zur Wahrnehmung der Aufgaben der Agrarverwaltung auf dem Gebiet der Agrarförderung - Standort der Anlauf- und Beratungsstelle für die Potsdamer Landwirte
Vorlage: 05/SVV/0992

Frau E. Müller bringt die Vorlage ein. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Drucksache bisher nur im Ortsbeirat Fahrland beraten wurde.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Frau B. Müller ihr Unverständnis über die vorgelegte Drucksache und die dazu angeführte Begründung. Seitens der Verwaltung wurde eindeutig ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht umgesetzt, was sich auch durch die Begründung nicht ändere. Anschließend äußert Herr Becker, Ortsbürgermeister von Uetz-Paaren, seine Auffassung zur Agrarverwaltung und Stellung der Landwirtschaft in der Stadtverwaltung Potsdam. Er spricht sich dafür aus, die Anlauf- und Beratungsstelle für Potsdamer Landwirte in Weder zu belassen, da die dortigen KollegInnen eine „sehr gute Arbeit machen“ würden.

Frau Knoblich zweifelt an, dass diese Auffassung alle Ortsbeiräte vertreten und spricht sich dafür aus, das übliche Verfahren einzuhalten und die Stellungnahmen aller Ortsbeiräte abzuwarten. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich ebenfalls für die Einhaltung der üblichen Regularien aus und betont, dass er der Darstellung der Verwaltung nicht folgen könne. Zum Jahresende sei dieser Sachverhalt in den Ortsbeiräten kontrovers diskutiert worden und deshalb müssen die Stellungnahmen aller Ortsbeiräte berücksichtigt werden.

Die Situation, so der Oberbürgermeister, sei auf Grund der unterschiedlichen Wünsche und Erwartungen der ländlichen Betriebe kompliziert. Er schlägt vor, die Vorlage **zurückzustellen** und mit den Voten der Ortsbeiräte im Februar erneut zu beraten. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6 Erste Straßenumbenennungen im Zuge der Gemeindegebietsreform
Vorlage: 05/SVV/1086

Frau E. Müller bringt die Vorlage ein und versichert auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass die Straßenumbenennungen in den Ortsbeiräten und im Ausschuss für Kultur behandelt und ihnen zugestimmt wurde.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die in der Anlage benannten 15 Straßen in den aufgeführten Gemeindeteilen der Stadt Potsdam sollen umbenannt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

neu Jahresabschlüsse zum 31.12.2001, 31.12.2002 und 31.12.2003 des Eigenbetriebes Potsdam Information
Vorlage: 06/SVV/0013

Herr Exner bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

I. Jahresabschluss zum 31.12.2001

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2001 des Eigenbetriebes Potsdam In-

- formation wird gemäß § 7 Nr. 4 Eigenbetriebsverordnung (EigV) festgestellt.
2. Der Jahresgewinn in Höhe von 5.903,35 DM wird auf neue Rechnung vorgetragen.
 3. Dem Oberbürgermeister wird für das Wirtschaftsjahr 2001 gemäß § 7 Nr. 5 EigV Entlastung erteilt.

II. Jahresabschluss zum 31.12.2002

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2002 des Eigenbetriebes Potsdam Information wird gemäß § 7 Nr. 4 EigV festgestellt.
2. Die Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2002 verzeichnet unterjährig einen Abfluss von liquiden Mitteln i.H.v. 46.937,67 €.
3. Für das Wirtschaftsjahr 2002 wird gemäß § 7 Nr. 5 EigV Entlastung erteilt, und zwar
 - für die Zeit vom 01.01.2002 bis 12.08.2002 dem Oberbürgermeister und
 - für die Zeit vom 13.08.2002 bis 31.12.2002 der beauftragten Abwicklerin.

III. Jahresabschluss zum 31.12.2003

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2003 des Eigenbetriebes Potsdam Information wird gemäß § 7 Nr. 4 EigV festgestellt.
2. Die Einnahmen- / Ausgabenrechnung 2003 verzeichnet unterjährig einen Abfluss von liquiden Mitteln i.H.v. 649,03 €.
3. Für das Wirtschaftsjahr 2003 wird gemäß § 7 Nr. 5 EigV Entlastung erteilt, und zwar
 - für die Zeit vom 01.01.2003 bis 21.05.2003 der beauftragten Abwicklerin und
 - für die Zeit vom 22.05.2003 bis 31.12.2003 dem beauftragten Abwickler.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 7

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept Potsdam Vorlage: 05/SVV/0770

Der Oberbürgermeister gibt die Beratungsergebnisse der Ortsbeiräte und der Ausschüsse zur Kenntnis. Der Ortsbeirat von Grube hat die Vorlage „abgelehnt“, der Ortsbeirat von Marquardt sehe die Vorlage „als nicht gelungen“ an; alle anderen Ortsbeiräte und die Ausschüsse für Stadtplanung und Bauen sowie Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft haben die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Herr Schubert schlägt vor, die Ortsbürgermeister zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses einzuladen, da es sich um ein langfristiges Konzept handle und er die Gründe für die ablehnenden Voten der Ortsbeiräte erfahren wolle. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich ebenfalls für die Beratung mit den Ortsbürgermeistern aus. Er wolle wissen, wie mit anderen Meinungen der Ortsbeiräten um-

gegangen und wie die finanzielle Sicherstellung erfolgen werde. Dazu sei es nützlich, mit den Betroffenen in`s Gespräch zu kommen.

Der Oberbürgermeister spricht sich gegen den Vorschlag aus, denn bis auf zwei Ortsbeiräte, gebe es keine abweichenden Auffassungen. Er meine, man solle das Verfahren nicht weiter verkomplizieren und die Ortsbeiräte anhören, die sich dagegen ausgesprochen haben. Ebenso verweist Frau E. Müller darauf, dass das Konzept weiter fortgeschrieben und dann von Privatpersonen umgesetzt werden müsse. Ob sie das tun, bleibe abzuwarten.

Herr Schüler meint, die Entwicklung im ländlichen Raum sei ein Prozess und deshalb sollte man sich in einem angemessenen Zeitraum mit der Fortschreibung des Konzepts befassen. Frau Dr. Schröter sieht den Sinn von Mitteilungsvorlagen nicht darin, diese in den Ausschüssen „durchzuwinken“. Es könne nicht verkehrt sein, alle Ortsbürgermeister zu diesem Thema noch einmal einzuladen. Frau Knoblich verweist darauf, dass die Bürgerbeteiligung in der Mitteilungsvorlage mit „20 Zeilen abgehandelt“ werde und es vielleicht weitere „Dinge“ gebe, die im Konzept zu berücksichtigen seien.

Die Mitteilungsvorlage wird in der Sitzung des Hauptausschusses am 08. Februar 2006 erneut in die Tagesordnung aufgenommen. Die Ortsbürgermeister sind zur Sitzung einzuladen.

zu 7.2 Gleichstellungsplan 2005 - 2008

Vorlage: 05/SVV/0983

Herr Exner bringt die Vorlage ein und erläutert einige Schwerpunkte aus dem Gleichstellungsplan.

Frau Dr. Schröter fragt anschließend nach der Meinung der Gleichstellungsbeauftragten zu der vorgelegten Mitteilungsvorlage. Frau Scheuerer bewertet den vorgelegten Gleichstellungsplan als gut und meint, die Verwaltung habe sich „Mühe damit gemacht“ und alle ihre Änderungswünsche eingearbeitet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Vorbereitung 'Kulturbüro'

Vorlage: 05/SVV/1011

Frau Fischer informiert, dass zur Sicherung unmittelbar anstehender und vorbereitender Aufgaben zum 01.01.2006 eine Stabsstelle mit Sitz im Alten Rathaus eingerichtet wurde und Herr Moritz van Dülmen und Herr Martin Schmidt-Roßleben seit einer Woche ihre Arbeit aufgenommen haben. Zugeordnet sei die Stabsstelle der Beigeordneten des Geschäftsbereiches Bildung, Kultur und Sport und sei in dieser Form bis zum Jahresende befristet. Für das Jahr 2006 gebe es einen Arbeitsplan, der dem Protokoll des Hauptausschusses als Anlage beigefügt werde. Im Weiteren skizziert Frau Fischer die Aufgaben der Stabsstelle zur Vorbereitung der Gründung einer „Kulturbüro-GmbH“. Erste Schritte seien die Etablierung einzelner Arbeitsgruppen für die „Potsdamer Mitte“, die „Schiffbauergasse“ sowie „Marketing“, die eine frühzeitige Einbindung sämtlicher relevanter Aktivitäten und Institutionen gewährleisten werde. Im Rahmen des Standortmanagements für den Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse seien zahlreiche übergreifende Marketing-maßnahmen geplant – so soll in diesem Monat die künftig gemeinsame Dachmarke ausgewählt werden. Erste Synergien durch die Bündelung von Aufgaben werden bereits durch die gemeinsame Präsentation auf der

Internationalen Tourismusbörse (ITB) Anfang März in Berlin erzeugt. Im Laufe des Frühjahrs sei geplant, erste Ergebnisse der Konzeptionen und Abstimmungen auch in der Öffentlichkeit bzw. den politischen Gremien zu diskutieren.

In der sich anschließenden Diskussion kritisiert Frau Dr. Schröter, dass hier Tatsachen geschaffen wurden und dass zumindest eine der beiden Stellen für die Stabsstelle hätte ausgeschrieben werden müssen. Sie sehe die weitere Verzahnung von Standortmarketing und städtischem Marketing als dringende Aufgabe und daraus folgend die Entwicklung eines Leitbildes für die Stadt.

Dem entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Stabsstelle nur für ein Jahr installiert werde und die Stellen damit befristet seien. Beide Mitarbeiter seien qualifiziert, die Aufgaben zu erfüllen. Mit der Verzahnung zum Bereich Marketing solle sich die Stabsstelle befassen, Schnittstellen definieren und deutlich machen, wer für welche Aufgaben zuständig ist.

Herr Schubert kritisiert, dass in der Vorlage unter „finanziellen Auswirkungen“ von Kosteneinsparungen die Rede sei, die gar nicht erst entstanden wären, wenn der Beschluss der StVV umgesetzt worden wäre. Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass die Umwandlung in eine GmbH in der Mitteilungsvorlage als gesetzte Größe stehe, obwohl die Argumente dafür nicht überzeugend seien und es diesbezüglich auch keine guten Erfahrungen gebe. Er spricht sich dafür aus, die organisatorische Form des Kulturbüros offen zu halten.

Darauf entgegnet der Oberbürgermeister, dass es sicher möglich sei, über andere Organisationsformen nachzudenken; das sollte aber erst abgewogen werden, wenn es soweit ist. Er sichert zu, dass die Stadtverordneten Gelegenheit hätten, an der Meinungsbildung teilzunehmen.

Herr Schüler schließt sich den kritischen Anmerkungen an; die Art der Mitteilung enthalte die Aussage, dass die Entscheidung in einer bestimmten Weise vorbereitet werde. Er hielte es für sinnvoller, sich erst über das Ziel zu einigen und dann die Umsetzung zu vollziehen. Die Fraktionen könnten durchaus andere Vorstellungen haben als die Verwaltung. Ebenso meint Herr Friederich, dass sich die Stadtverordneten die Option der Entscheidung offen halten sollten. Diese Option dürfe auch nicht durch eine Mitteilungsvorlage eingeengt werden. Herr Schubert weist darauf hin, dass es schon ein Votum gegen eine Kultur-GmbH durch die an dem Workshop im vergangenen Jahr teilnehmenden Freien Träger gegeben habe. Er fragt nach, wie dieses Votum berücksichtigt und die Freien Träger weiter einbezogen werden. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass diese in den Arbeitsgruppen mitwirken und sich somit in den weiteren Prozess einbringen werden. Entgegen den ersten Voten seien die Freien Träger jetzt an dem Projekt interessiert und bereit mitzuarbeiten.

zu 7.4 Richtlinie Städtepartnerschaften - Sachstandsbericht 2005 Vorlage: 05/SVV/1061

Frau Dr. Sommer verweist auf die vorliegende Mitteilungsvorlage, mit der in diesem Jahr ein sehr ausführlicher Bericht vorgelegt werde, da 2005 das Jahr der Partnerstädte Potsdams war. Dies sei vor allem dem Engagement der einzelnen Partnerschaftsvereine und Freundeskreise zu verdanken. Eine zentrale Stellung nahm in diesem Jahr das Programm zur Würdigung des 20-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft zwischen Potsdam und Jyväskylä ein, zu nennen seien aber auch die Messepräsenz Potsdams in Perugia und Opole sowie die Bürgerreisen in fast alle Partnerstädte. Die Integration der Städtepartnerschaften erfolge aber auch in andere Projekte, die in der Mitteilungsvorlage dargestellt seien.

Frau B. Müller bedankt sich für die ausführliche Darstellung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen durch den Bereich Marketing. Darüber hinaus sei auch

dem Beirat für Städtepartnerschaft zu danken, der sich sehr viel Mühe bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mache und der Verwaltung für die Ausgestaltung des Jubiläumsjahres der Partnerschaft mit Jyväskylä.

**zu 7.5 Medienforum Kirchsteigfeld
gemäß Vorlage: 05/SVV/0935**

**zu 7.5.1 Medienforum Kirchsteigfeld
Vorlage: 06/SVV/0029**

Frau Fischer bringt die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage ein. Frau Dr. Schröter meint daran anschließend, dass es genauso Argumente gegen eine Schließung gebe. Das wären z.B. die weiterhin zu zahlenden Personalkosten, da die beiden Kolleginnen in den Personalüberhang der Stadtverwaltung aufgenommen werden sowie die weiter zu zahlende Miete für die Räumlichkeiten. Die geschaffenen Bedingungen der letzten Jahre, wie die eingeschränkten Öffnungszeiten und der Medien- und der Personalbestand, haben eine Leistungssteigerung ausgeschlossen und liefen schon auf eine Schließung hinaus. Deshalb sehe die Fraktion Die Linke. PDS eine Beibehaltung des Medienforums bis zum Beginn einer neuen Nutzung als sinnvollste Lösung an.

Frau Mattekat verweist auf die Vorgaben aus dem Haushaltssicherungskonzept, die die Einschränkungen notwendig machten. Der Standort im Kirchsteigfeld habe seit langem die erforderliche Auslastung nicht erreichen können.

Sie plädiert dafür, die Ressourcen weiter zu bündeln und das vorhandene Budget nicht weiter zu belasten. Darüber hinaus gehe das Bibliothekskonzept mit einem 4. Standort nicht auf.

Herr Cornelius spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus und begründet dies damit, dass jeder Vermieter bestrebt sei, Leerstand zu vermeiden und die Räumlichkeiten schnellstmöglich einer neuen Nutzung zuzuführen. Herr Dr. Scharfenberg verweist nachdrücklich auf die Verantwortung der Stadt für ihr jüngstes Wohngebiet und das dort geschaffene Zentrum. Dieses dürfe nicht „versanden“, sondern müsse wieder belebt werden.

Herr Exner betont, dass diese Zweigstelle seit Jahren am schlechtesten frequentiert sei und die Stadt nicht aus dem Mietvertrag herauskomme. Allerdings müsse bei einem Weiterbetrieb die Maßnahme aus dem HSK gestrichen werden, was den Beschluss der Haushaltssatzung gefährde.

Herr Dr. Scharfenberg bittet abschließend, die Entwicklung des Standortes zu kontrollieren und in 3 Monaten im Hauptausschuss darüber zu berichten.

zu 10.1 Uferweg Griebnitzsee

Zum aktuellen Sachstand wurde den Mitgliedern des Hauptausschusses eine schriftliche Information ausgereicht. Für Nachfragen, so der Oberbürgermeister, stehe Herr Goetzmann zur Verfügung.

Anschließend fragt Herr Schüler nach, ob die Zustimmung aller Anlieger zur öffentlichen Widmung und Zugänglichkeit des Uferweges vorliege, da ein Anlieger bereits mit der Verlegung begonnen habe. Herr Goetzmann führt dazu aus, dass nicht alle Anlieger ihre Zustimmung gegeben haben, da diese erst mit den Bauvorbescheiden eingeholt werde.

Diese Verfahrensweise könne er nicht nachvollziehen, so Herr Schüler. Er meine, es sei vereinbart worden, dass erst alle Anlieger zustimmen müssen, bevor Baugenehmigungen erteilt werden. Herr Goetzmann verweist darauf, dass es hierzu

scheinbar unterschiedliche Interpretationen gebe. Die Anträge aller Anlieger gleichzeitig zu bearbeiten sei nicht möglich, da die Verhandlungen umfassend und zeitaufwendig seien.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, wie viele Anlieger die Absicht zur Verlegung des Uferweges bekundet hätten, da nicht jedes Jahr im Winter eine neue Baustelle aufgemacht werden sollte. Darüber hinaus wolle er wissen, wie ein durchgängiger Uferweg gewährleistet werde, wenn die einen Anliegen eine Verlegung wollen und die anderen nicht.

Bezug nehmend auf den letzten Teil der Frage führt Herr Goetzmann aus, dass ein Wegeschluss durch den Bauherrn hergestellt werden müsse, auch wenn für denjenigen ein Mehraufwand entstehe. Er verweist darauf, dass die Baugenehmigungen individuell zu erteilen sind und derzeit nur ein weiterer Bauantrag für einen Bauabschnitt in unmittelbarer Nähe der jetzigen Baumaßnahme vorliege. Im Frühjahr 2007 werde der Uferweg nicht komplett verlegt sein können, weil es u.a. ein Grundstück mit Rückübertragungsansprüchen und einem entsprechendem Klageverfahren dazu gebe.

Herr Schüler betont nochmals, dass er diese Verfahrensweise problematisch sehe und die fehlende Zustimmung aller Anlieger gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung verstoße. Darüber hinaus werde auch das Ufer bebaut und damit vollendete Tatsachen geschaffen. Außerdem könne man davon ausgehen, dass dazu keine Baugenehmigungen vorliegen.

Herr Exner betont in seinen Ausführungen, dass das abschnittsweise Bauen zuzulassen sei, was auch so in der von der StVV beschlossenen Vorlage gestanden habe und erläutert die Rechtsposition der Stadt.

In der weiteren Diskussion werden Nachfragen zum Abschluss der Maßnahme innerhalb von drei Jahren und der öffentlichen Widmung des Uferweges (Herr Schubert), nach der Definition des Begriffs „freie Landschaft“ und der Anzahl der Rechtsstreite (Frau Knoblich) sowie nach Möglichkeiten der Stadt, bei einer Abweichung der Wegführung im B-Plan (Herr Dr. Scharfenberg) gestellt.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass die Problematik Uferweg deshalb schwierig sei, weil sie immer von Entscheidungen Einzelner abhängt. Er plädiert dafür, einen für die Realisierung nicht zu engen Zeitraum dafür zuzulassen.

neu Straßenausbau Virchowstraße und Florastraße

Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert eingangs die Abläufe zu beiden Straßenausbaumaßnahmen und sagt zu, ihre Ausführungen dem Protokoll als Anlage beizufügen.

In der sich anschließenden Diskussion stellt Herr Schüler fest, dass es bei beiden Maßnahmen erhebliche Differenzen zwischen den angekündigten und dann tatsächlich stattgefundenen Baumaßnahmen gebe, was er für nicht zulässig halte. Daran ändere auch ein Erörterungstermin bezüglich der Virchowstraße nichts. Noch gravierender sei das Vorgehen in der Florastraße, wo erst gar nicht informiert wurde und es nicht einmal eine formelle Auslegung des B-Planes gegeben habe. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die im § 10 der Straßenausbauverordnungsatzung enthaltene Verpflichtung der Stadt, die Bürger rechtzeitig zu informieren und bei einer Ablehnung der Maßnahme durch die Mehrheit der Anlieger die Entscheidung der StVV vorzulegen. Er fragt nach, wie der genannte § 10 in der Praxis umgesetzt werde. Dem schließt sich Herr Schubert an und betont, dass es in der Florastraße keine Bürgerbeteiligung gegeben habe. Bezüglich der genannten Verjährungsfrist gebe es Abweichungen zu den in den Abnahmepro-

tokollen genannten Termine. Für ihn stelle sich die Frage, warum die Verwaltung so lange Zeit verstreichen lässt und erst kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist aktiv werde.

Frau Dr. von Kuick-Frenz räumt bezüglich der Floratsraße ein, dass keine korrekte Form der Bürgerbeteiligung stattgefunden habe und weiterer Klärungsbedarf bestehe. Der Oberbürgermeister sieht den Schwerpunkt in der Klärung der Frage, wie der Sachverhalt mit den Betroffenen kommuniziert werde. Er schlägt vor, dass in Verantwortung des Geschäftsbereiches 4 zügig Vor-Ort-Veranstaltungen zur Klärung des Tatbestandes durchgeführt werden. Zu prüfen sei, ob der Vollzug der Bescheide ausgesetzt werden könne. Herr Praetzel gibt zu bedenken, dass es sich hier um erlassene Bescheide handele, mit denen entsprechend umzugehen sei. Widersprüche sind nach Verwaltungsverfahrensgesetz zu bearbeiten – eine Informationsveranstaltung könne das nicht ersetzen.

Herr Schubert kritisiert den Einwand von Herrn Praetzel dahingehend, dass die Verwaltung im Vorhinein hätte prüfen müssen, ob sie selbst die entsprechenden Regularien einhalte. Die Bürger jetzt nach Rechtsvorschriften „abzuarbeiten, sei Messen mit zweierlei Maß“.

Frau Dr. von Kuick-Frenz merkt an, dass die im § 10 der Straßenausbaubeitragsatzung enthaltene Verpflichtung der Stadt, die Bürger rechtzeitig zu informieren, mit einem konkreten Verfahren unterlegt werden solle. So werde z. B. darüber nachgedacht, Gebühren vor Beginn der Maßnahme zu erheben. Herr Praetzel ergänzt, dass der StVV zu dem Verfahren eine Mitteilungsvorlage im April 2006 vorgelegt werden solle.

Im Ergebnis der Diskussion legt der Oberbürgermeister fest, dass es bezüglich der Florastraße noch im Januar 2006 eine Informationsveranstaltung geben werde, in der über die Hintergründe und das weitere Verfahren zu informieren ist. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses ist über die Ergebnisse zu informieren.

Herr Bretz bittet, den Bürgern zu dieser Veranstaltung einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie mit den Bescheiden umgegangen werde.

neu Verträge - Freizeitbad

Bezug nehmend auf entsprechende Presseveröffentlichungen bittet der Oberbürgermeister Herrn Paffhausen um eine Information zu den durch die Stadtwerke ausgelösten Verträgen in Vorbereitung eines eventuellen Baus eines Freizeitbades.

Herr Paffhausen führt dazu aus, dass der Auftrag an Herrn Niemeyer ausgelöst und zu 95 % bezahlt wurde. Darüber hinaus gab es Aufträge an die Architektengruppe in einer einstelligen Millionenhöhe. Davon sei ca. 1/3 abgeleistet und bezahlt; ein kleinerer 100.000er Betrag sei noch offen. Er weist darauf hin, dass alles, was beauftragt, aber nicht geleistet wurde, auch nicht bezahlt werde. Das ergebe sich aus dem vereinbarten Sonderkündigungsrecht. Das „Munitionsräumungsprogramm“ wurde mit den bereits genannten Mehraufwendungen absolviert und für notwendige Umverlegungen eine zweistellige Tausendersumme für Ingenieurleistungen ausgegeben. Abschließend betont Herr Paffhausen, dass keinerlei Aufträge für Bauleistungen ausgelöst wurden.

Herr Dr. Scharfenberg spricht folgende Probleme an:

- Eine Schülerin der 11. Klasse habe bei der PAGA Unterstützung für eine Klassenfahrt beantragt, da die Eltern ALG II – Empfänger sind und die Schüler für diese Fahrt auch eine Benotung erhalten. Auf Nachfrage bei der PAGA wurde mitgeteilt, dass der Antrag nicht unterstützungsfähig sei, weil derartige Zuschüsse nur bis zu 10. Klasse gewährt werden. Er fragt nach, ob dies gesetzlich zulässig sei und wie mit derartigen Fällen verfahren werde, da der Schülerin sonst ein Nachteil bezüglich der Benotung entstehen könne.
Frau E. Müller verweist darauf, dass diese Beschwerde in die Zuständigkeit der PAGA falle, da sie für die Gewährung der Leistungen zuständig sei. Sie werde sich des Problems aber annehmen und mit der PAGA klären.
- Auf Grund von Pressemeldungen, die Firma „Securitas“ werde von einer anderen Firma übernommen, habe die Mittelbrandenburgische Sparkasse am 04.01.2006 den Vertrag mit Securitas gekündigt, womit 20 Arbeitsplätze verloren gingen. Er meine, die MBS habe eine Verantwortung für den Erhalt von Arbeitsplätzen und fragt den Oberbürgermeister, wie er mit dem Fakt umgehe.
Der Oberbürgermeister antwortet, er sei mit der MBS im Gespräch, u.a. um die Hintergründe zu klären. Die Ergebnisse werde er dem Hauptausschuss mitteilen.
- Seitens der Landesregierung werde an der Novellierung der Gemeindeordnung gearbeitet und seitens des Innenministeriums liege dazu ein Eckpunktepapier vor. Da es sich um grundsätzliche Veränderungen, wie z.B. den Vorsitz in der StVV, handele, sollte die Diskussion geöffnet und die Stadtverordneten daran beteiligt werden. Der Oberbürgermeister schlägt dazu vor, die Position der StVV im Hauptausschuss zu thematisieren. Allerdings kenne er noch keine konkreten Vorschläge von Landesseite.

Im Weiteren verweist Herr Schubert auf die wegen des starken Frostes schwierigen Straßen- und Gehwegverhältnisse. Beim Zugang zum Bürgerhaus am Schlaatz finde man dazu ein Schild mit der Aufschrift „kein Winterdienst“. Er bittet dies zu prüfen und den Zustand zu beseitigen, da es nicht sein könne, dass „die Bürger nicht zu dem Ort gelangen, zu dem sie eigentlich hingehen sollen“.

Darüber hinaus fragt Herr Schubert, wie viele Angebote es zur Bäderbetreuung (Freizeitbad) gebe und wie damit verfahren werde. Der Oberbürgermeister verweist auf das Angebot der Kristallbäder, was allerdings nur als erstes Angebot gelten könne und keineswegs so differenziert sei, um mit dem Niemeyer-Bad verglichen werden zu können. Das Konzept werde einer Prüfung unterzogen; darüber hinaus gebe es keine Angebote.

Herr Dr. Gunold bezieht sich auf Pressemeldungen bezüglich der weiteren Planungen des ÖPNV und damit im Zusammenhang zur Person des Herrn Doege. Dies sei seiner Meinung nach schon eine „Kampagne“ gegen den ViP, gegen die er sich als Mitglied des Aufsichtsrates nur verwahren könne. Er fragt nach der Haltung der Verwaltung und des Aufsichtsratsvorsitzenden zu diesen Veröffentlichungen.

Der Oberbürgermeister bittet dies zum Gegenstand der Beratung im Aufsichtsrat zu machen. Dem schließt sich Herr Exner an und schlägt vor, das im Aufsichtsrat zu thematisieren. Auch er vermisse den sachlichen Rahmen der Berichterstattungen und eine Würdigung des vorhandenen know hows des ViP.

